

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Pinger, Graf von Waldburg-Zeil, Feilcke, Frau Fischer, Hedrich, Höffkes, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Kronenberg, Frau Männle, Dr. Pohlmeier, Frau Rönsch (Wiesbaden), Schreiber, Schwarz, Schemken, Herkenrath, Ruf, Weiß (Kaiserslautern), Müller (Wesseling), Dr. Möller, Dr. Hoffacker, Dr. Hüsch, Sauer (Stuttgart), Börnsen (Bönstrup), Lowack, Niegel und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Frau Folz-Steinacker, Hoppe, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Feldmann, Irmer, Dr.-Ing. Laermann, Dr. Haussmann, Dr. Hoyer, Nolting, Beckmann, Frau Seiler-Albring, Bredehorn, Lüder, Dr. Hitschler, Dr. Solms, Timm und der Fraktion der FDP

Gewerbliche Berufsausbildung in den Entwicklungsländern

Angesichts der ungebrochenen Bevölkerungszuwachsrate in den Entwicklungsländern, der knapp 300 Millionen Arbeitslosen und der mehr als 50 Millionen zusätzlichen Jugendlichen, die dort jedes Jahr Arbeit suchen, muß die Zahl neuer Arbeitsplätze massiv gesteigert werden. Ohne eine Ausweitung der gewerblichen beruflichen Bildung und eine verstärkte Gründung selbständiger Existenz ist dies nicht möglich.

Dies erfordert von den Entwicklungsländern neben einer markt-orientierten Wirtschaftspolitik und der Stärkung des privaten Sektors, insbesondere der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, des Handwerks und Kleingewerbes auch die Schaffung eines Berufsbildungssystems, das

- an den Besonderheiten des Landes orientiert ist,
- kostengünstig und breitenwirksam arbeitet,
- auf Praxisnähe, Existenzgründungen und Selbsthilfe ausgerichtet ist.

Im Bereich der gewerblichen Berufsbildung kann dies nur erreicht werden, wenn

- die Berufsausbildungsmöglichkeiten in den kleinen und mittleren Betrieben genutzt werden und
- die Verantwortung für die Ausbildung auf vorhandene oder zu gründende Selbstverwaltungsorganisationen übertragen wird.

Die Bundesregierung hat die gewerbliche Berufsbildung seit jeher als einen Schwerpunkt ihrer Entwicklungszusammenarbeit auf-

gefaßt und dafür beträchtliche Mittel ausgegeben. Die inzwischen gewonnene Erfahrung bildet eine gute Grundlage für eine weitere Intensivierung der Berufsbildungshilfe.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch waren die bisher in den Einzelplänen 23 insgesamt bereitgestellten Mittel zur Förderung der beruflichen Bildung?
Wieviel davon entfiel auf die Zeiträume
 - a) 1980 bis 1983,
 - b) 1984 bis 1987?
2. Wie entwickelte sich in demselben Zeitraum der Anteil der Ausgaben zur Förderung der beruflichen Bildung mit dem Schwerpunkt in den Betrieben (duales System) an den Gesamtausgaben für die berufliche Bildung?
3. Welche Ausgaben wurden innerhalb des Einzelplans 23 seit 1980 pro Jahr aus Bundesmitteln für die Förderung der beruflichen Bildung geleistet durch
 - die Kreditanstalt für Wiederaufbau,
 - die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit,
 - die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung,
 - die Carl-Duisberg-Gesellschaft,
 - den Deutschen Entwicklungsdienst,
 - die kirchlichen Zentralstellen,
 - die politischen Stiftungen,
 - sonstige Organisationen?
4. Welchen Anteil nahmen davon jeweils die Ausgaben zur Förderung dualer Ausbildungsstrukturen ein?
5. Welche Beiträge zur gewerblichen Berufsbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer haben bisher die Bundesländer erbracht und auf welche Weise? Welche Leistungen erbringen das deutsche Handwerk und die deutsche Industrie?
6. Auf welche Entwicklungsländer entfällt der größte Anteil der bisher für die gewerbliche berufliche Bildung bereitgestellten Mittel? Wie hoch waren in diesen Ländern jeweils die Ausgaben zur Förderung dualer Ausbildungsstrukturen?
7. Kann die Bundesregierung die Zahl der Absolventen der von ihr geförderten Programme beruflicher Bildung näher ausschlüsseln nach
 - Branchen,
 - Betriebsgrößenklassen,
 - städtischen und ländlichen Regionen,
 - Alter,
 - Vorbildung,
 - Geschlecht,
 - Schichtenzugehörigkeit?

8. Welche hauptsächlichen Probleme hat die Bundesregierung im Fachbereich „berufliche Bildung“ im Verlauf ihrer bisherigen Evaluierungen festgestellt?
9. Welche Zielvorstellungen hat die Bundesregierung den von ihr finanzierten Durchführungsorganisationen hinsichtlich der weiteren dualen Berufsbildung in den Entwicklungsländern vorgegeben?
10. Welche Voraussetzungen sollten in den Entwicklungsländern nach Auffassung der Bundesregierung erfüllt sein, damit eine Hilfe im Berufsbildungssektor diese Ziele erreichen kann?
11. In welchen Ländern besteht zur Zeit die Bereitschaft für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung nach dualen Strukturen? Wo sind die unter Frage 10 genannten Voraussetzungen bereits erfüllt?
12. In welchen Entwicklungsländern gelang es bisher, Selbstverwaltungsorganisationen der Betriebe an der Planung, Organisation und Kontrolle der beruflichen Bildung zu beteiligen?
13. Welche Konsequenzen für die berufliche Bildung hat die Bundesregierung aus dem neuen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit, der Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe, gezogen?
14. Wie haben bisher die privaten deutschen Unternehmen auf das Förderungsangebot der Bundesregierung im Falle betrieblicher Bildung in den Entwicklungsländern reagiert? Wo und in welchem Umfang konnte dadurch die Berufsbildung erweitert werden?
15. Welches technische Ausbildungsniveau strebt die Bundesregierung bei ihren Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung schwerpunktmäßig an?
16. Welche Zielgruppen will die Bundesregierung durch ihre Förderungsmaßnahmen in Zukunft erreichen?

Bonn, den 15. März 1988

Dr. Pinger

Graf von Waldburg-Zeil

Feilcke

Frau Fischer

Hedrich

Höffkes

Dr. Kunz (Weiden)

Dr. Kronenberg

Frau Männle

Dr. Pohlmeier

Frau Rönsch (Wiesbaden)

Schreiber

Schwarz

Schemken

Herkenrath

Ruf
Weiß (Kaiserslautern)
Müller (Wesseling)
Dr. Möller
Dr. Hoffacker
Dr. Hüsch
Sauer (Stuttgart)
Börnsen (Bönstrup)
Lowack
Niegel
Daweke
Frau Denkpwolf
Doss
Frau Geiger
Gerster (Mainz)
Glos
Dr. Grünewald
Harries
Freiherr Heereman von Zuydtwyck
Frau Dr. Hellwig
Hinrichs
Hinsken
Dr.-Ing. Kansy
Krey
Dr. Laufs
Frau Limbach
Lummer
Maafß
Müller (Wadern)
Nelle

Oswald
Dr. Rose
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Scharrenbroich
Schulze (Berlin)
Dr. Schwörer
Dr. Stark (Nürtingen)
Susset
Frau Verhülsdonk
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Frau Folz-Steinacker
Hoppe
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Feldmann
Irmer
Dr.-Ing. Laermann
Dr. Haussmann
Dr. Hoyer
Nolting
Beckmann
Frau Seiler-Albring
Bredehorn
Lüder
Dr. Hitschler
Dr. Solms
Timm
Mischnick und Fraktion